

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 3 vom 13. Februar 2020, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Daniela Huber Notter Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Daniela Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Carlo Schlatter
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Die **Stadtratspräsidentin** begrüsst herzlich zur dritten Stadtratssitzung im Jahr 2020. Sie bittet darum, Vorstösse zügig einzureichen.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

29. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Januar 2020

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

30. ESP Thun Nord Baufeld B5 – Baurechtsvertrag mit armasuisse

Genehmigung des Baurechtsvertrags mit der armasuisse betreffend Übernahme der Parzelle Thun-Gbbl. Nr. 158 (Baufeld B5 im ESP Thun Nord) durch die Stadt Thun

Bericht des Gemeinderates Nr. 2/2020

Stadtpräsident Raphael Lanz betont, dass es sich nicht nur um ein Liegenschaftsgeschäft handelt, sondern es auch für die städtische Wirtschaftsförderung ein wichtiges Thema ist. Der ESP Thun Nord ist ein breites Thema, das ihn schon lange beschäftigt. Ein konkreter Baurechtsvertrag mit der armasuisse kann nun erfreulicherweise zur Genehmigung vorgelegt werden. Dies wird der Wirtschaftsförderung neue Möglichkeiten eröffnen. Dank diesem Baufeld ist es möglich, dass die EMPA vom General-Herzog-Haus auf das Areal der Stadt Thun verschoben werden kann. Auch für andere Unternehmungen kann Flächenbedarf gedeckt werden. Es ist unklar, wie schnell es vorwärts gehen wird. Man hofft, dass der Standort der EMPA katalytisch wirkt für Start-Up-Firmen. Dazu soll weiteren Unternehmungen ein Ausbau in Thun ermöglicht werden oder eine Ansiedlung von Unternehmungen, welche hier noch nicht heimisch sind, wird möglich sein. Das Geschäft ist das Resultat einer guten Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung und dem Amt für Stadtliegenschaften. Die Synergien, welche durch die gute Zusammenarbeit genutzt werden konnten, haben zu einem vorteilhaften Vertrag für die Stadt Thun geführt. Er bittet den Stadtrat, dem Antrag zuzustimmen.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO P+StE**, sagt, dass der Vertrag sorgfältig und umsichtig ausgearbeitet worden ist. Aus politischen Gründen ist es stimmig, dass die Stadt Thun als öffentliche Hand das Vorkaufsrecht ausübt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass die Fraktion die Haltung der SAKO teilt. Sie ist mit dem Resultat glücklich. Von den verschiedenen Direktionen ist gute Arbeit geleistet worden. Der Grundstein ist gelegt worden. Die Arbeit geht weiter. Nun folgt die diffizilere Arbeit. Wenn diese Arbeiten auch noch gut erledigt werden können, kann vielleicht ein kleines Wankdorf in Thun geschaffen werden mit vielen innovativen Arbeitgebern. Als Anregung könnte in diesem Gebiet allenfalls auch die STI Problematik mitgelöst werden.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, nimmt vorweg, dass die SVP-Fraktion den vorliegenden Baurechtsvertrag einstimmig genehmigen wird. Neben der Flächensicherung für die EMPA stechen zwei Merkmale aus diesem Vertrag hinaus. Die Stadt Thun sichert sich eine grössere zusammenhängende Arbeitszone für kurzfristige Nutzungen. Der Vertrag wurde so verhandelt, dass nur Kosten entstehen, wenn eine Nutzung erfolgt. Zudem wird die Stadt mit 5 % des Baurechtszinses entschädigt. Dies ist ein gutes Resultat. Das Risiko ist gering. Die Verwaltung hat gute Arbeit geleistet.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass sie dem Antrag des Gemeinderats folgen wird. Es handelt sich um ein wertvolles Baufeld, welches hier für die Stadt und die Wirtschaftsförderung erschlossen werden kann. Der Vertrag ist vorteilhaft ausgehandelt, insbesondere im Hinblick auf den Baurechtszins. Die EMPA wird rund 20 % der Fläche benötigen. Für den Rest könnte mit der STI geprüft werden, ob dies ein geeigneter Standort wäre. Die Prüfung soll ergebnisoffen erfolgen, auch ob dies ober- oder unterirdisch geplant werden kann. In der weiteren Planung soll dies abgeklärt werden und es soll eine verbindliche Antwort gegeben werden. Die STI ist schon lange auf der Suche und ein passendes Areal ist nicht einfach zu finden.

Markus van Wijk (FDP) sagt, dass sich der Stadtrat mit der Zustimmung zum Verpflichtungskredit im Februar 2017 dem Standort für die EMPA und weiteren Arbeitgebern verschrieben hat. Man darf nun nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Die Schwierigkeiten sind umschifft worden und der EMPA konnte eine Alternative zum Baufeld B3 zur Verfügung gestellt werden. In der Stadt gibt es nicht mehr viele Arbeitszonen. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt diese Gelegenheit ergreift und solche Baufelder erwirbt. Die ausgehandelten Konditionen im Baurechtsvertrag scheinen fair zu sein. Die FDP ist gespannt auf die Entwicklung des B-Campus. Die FDP stimmt dem Baurechtsvertrag mit Überzeugung zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, führt aus, dass sie dem Antrag zustimmen, obwohl eine Armeeorganisation beteiligt ist. Erfreulich ist, dass der Baurechtsvertrag ausgehandelt werden konnte und Thun weiteren Handlungsspielraum erhält, um weitere Arbeitgeber anzusiedeln. Es wird gehofft, dass der Vertrag ohne weitere Verzögerungen unterzeichnet und die Planung weitergeführt werden kann. Nun folgt aber noch die grössere Arbeit. Die Fraktion wird allen drei Punkten einstimmig zustimmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass sie im Jahr 2017 dem Unterstützungspaket zugestimmt hat und auch heute dem Baurechtsvertrag zustimmt. Dem Vertragswerk können fast nur Chancen und wenig Risiken entnommen werden. Es wird gehofft, dass im Umfeld der EMPA vor allem technische Firmen angesiedelt werden können. Bei der STI ist es fraglich, ob dies der richtige Standort ist. Er weist darauf hin, dass bei der Schiedsklausel ein Verb fehlt. Weiter gibt er zu bedenken, dass es sich um einen Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Stadt Thun, also zwei öffentlich-rechtlichen Körperschaften handelt. Es ist schade, dass solche Körperschaften die staatlichen Gerichte ausschliessen. Das Gesamtwerk soll aber nicht zu Fall gebracht werden.

Stadtpräsident Raphael Lanz dankt für die gute Aufnahme und den Hinweis, dass ein Verb fehlt, welches noch ergänzt werden wird. Er geht nicht davon aus, dass eine ordentliche oder Schiedsgerichtsbarkeit in Anspruch genommen werden muss. Falls es Streitigkeiten geben sollte, würde eine aussergerichtliche Lösung gefunden. Man ist auf ein gutes Zusammenarbeiten bei den mannigfaltigen Berührungspunkten angewiesen. Die eidgenössischen Räte haben glücklicherweise den S-Bahnhof Thun Nord in das strategische Entwicklungsprogramms (STEP) Bahninfrastruktur 2035 aufgenommen. Dies macht das Areal noch viel wertvoller. Es muss geprüft werden, ob dies die Rahmenbedingungen verändert. Es ist komplex. Wenn sich äussere Rahmenbedingungen ändern, muss geprüft werden, ob man sich bewegen muss. Dies kann zu Verzögerungen führen. Bereits im Jahr 2013 ist strategisch entschieden worden, dass auch betreffend STI keine Anpassung des Richtplans angestrebt wird. Ein Grund für die Entscheidung war, dass wenn die Spielregeln ständig geändert werden, nie ein Ziel erreicht werden kann. Die Rahmenbedingungen sollen stabil bleiben, sodass man wirklich vorwärtskommt. Betreffend die weiteren Entwicklungen wird ein Entwicklungspartner gesucht. Bis Mitte Jahr soll dieser gefunden werden. Dass die EMPA dort angesiedelt werden soll, ist klar. Es wird ausgearbeitet werden, wie man sich die weitere Entwicklung vorstellt. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass viele Herausforderungen anstehen. Der Gemeinderat wird das Projekt weiterverfolgen.

Der Rat genehmigt mit 39 zu 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe f in Verbindung mit Artikel 69 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. Januar 2020, beschliesst:

1. Genehmigung des Baurechtsvertrags mit armasuisse betreffend Übernahme der Parzelle Thun-Gbbl. Nr. 158 (Baufeld B5 im ESP Thun Nord) im Baurecht durch die Stadt Thun.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

31. Aufsichtsstelle für Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2019 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 3/2020

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, fragt, ob die Fragen, welche vom Datenschutzbeauftragten beantwortet worden sind, jeweils dem Stadtrat mitgeliefert werden könnten.

Stadtpräsident Raphael Lanz teilt mit, dass der Stadtrat auf Mängel und wünschenswerte Änderungen hingewiesen werden muss. Es hat sich bewährt, dass sich die Berichterstattung auf diese Punkte beschränkt und der Gemeinderat möchte nicht, dass diese ausgedehnt wird. Er schlägt vor, dass wenn Stadtratsmitglieder Zusatzfragen haben, sich diese an den Stadtschreiber wenden. Dieser ist das Bindeglied zwischen dem Gemeinderat und dem Datenschutzbeauftragten. Der Aufwand soll möglichst gering gehalten werden.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden:

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. Januar 2020, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht 2019 des Datenschutzbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

32. Doppelkindergarten Seefeld

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 2'885'000 Franken als neue Ausgabe für die Realisierung eines Doppelkindergartens an der Äusseren Ringstrasse 26

Bericht des Gemeinderates Nr. 1/2020

Michelle Marbach, **SAKO B+L**, führt aus, dass das Siegerprojekt Farfalla des Gesamtleistungswettbewerbs ökologisch sehr vorbildlich ist. Mit Standard Minergie P ECO können Fördergelder des Kantons beantragt werden. Das Projekt ist vorausschauend geplant worden, sodass es in Zukunft auf andere Bedürfnisse angepasst werden kann. Auch architektonisch passt der Bau gut in das Quartier. Die Fläche am jetzigen Standort wird beibehalten werden, bis die Primarschule Seefeld in unmittelbarer Nähe gebaut werden

kann. Die Kosten für den Bau sind angemessen. Der Verpflichtungskredit ist von der SAKO einstimmig angenommen worden.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass für die Fraktion ökologische Bauweise, flexible und zukunftsgerichtete Schulraumplanung und eine ansprechende und ins Quartier passende Architektur zentral sind. Dieses Projekt trägt allen Ansprüchen Rechnung, weshalb die Fraktion Grüne/JG dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen wird.

Markus van Wijk (FDP) sagt, dass sich die FDP freut, dass ein gutes Kindergartenprojekt realisiert werden soll. Die Forderung war, dass eine hohe Nutzungsflexibilität vorliegen muss, was gelungen ist. Die Möglichkeit einer Aufstockung ist erfreulich. Die Pädagogik entwickelt sich rasant. Langlebige Infrastrukturen müssen entsprechend umgenutzt werden können. Die entsprechenden Baustandards und die Einbettung ins Quartier überzeugen. Trotz allen positiven Bemerkungen ist es ein stolzer Preis. Fragen bleiben bezüglich dem Begriff Gesamtschulraumplanung Seefeld-Hohmad, auch weil die Planung noch nicht bewilligt worden ist. Die FDP nimmt den vorliegenden Verpflichtungskredit an.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, erörtert, dass der neue Doppelkindergarten einen optimalen Schulraum für zwei Klassen bieten könnte. Die Parzelle ist mit diesem Projekt ideal ausgenutzt. Für den Plan spricht, dass die Räumlichkeiten fast beliebig unterteilbar sind, dass eine Aufstockung möglich ist und dass der Kindergarten im Standard Minergie P ECO erstellt wird. Die Kosten sind vergleichbar mit anderen Kindergärten. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit zustimmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass sie Freude an diesem Projekt hat. Verständlich ist, dass ein Gesamtleistungswettbewerb mit einem verbindlichen Preisangebot durchgeführt worden ist. Begrüssenswert wäre, wenn öffentliche Wettbewerbe nach SIA durchführen werden würden, damit auch jüngere und regionale Architektenbüros mit einer realen Chance mitmachen könnten. Der Standard Minergie P ECO und der Einbau einer Photovoltaikanlage sind positiv zu erwähnen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erläutert, welche Punkte für das Projekt Farfalla sprechen. Diese sind die mögliche Aufstockung, die ökologische und nachhaltige Bauweise mit dem Standard Minergie P ECO und dass sich der Holzbau beispielhaft in das Quartier einbetten wird. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, sagt, dass sie dem Projekt Farfalla aus den bereits genannten Gründen wohlwollend entgegensteht. Es handelt sich um einen stolzen Betrag, der sich aber im budgetierten Rahmen bewegt. Es interessiert, was mit dem Land an der Schubertstrasse geschehen wird. Es ist sinnvoll, dass dieses Land im Besitz der Stadt als strategische Reserve bleibt, um den Entwicklungen in diesem Quartier Rechnung zu tragen. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Konrad Hädener teilt mit, dass das Baugesuch nächste Woche publiziert werden wird, falls der Stadtrat dem Kredit heute zugestimmt. Aufgrund des geforderten Tempos ist ein Gesamtleistungswettbewerb durchgeführt worden. Es gab ein Bekenntnis zu offenen Wettbewerben, beispielsweise beim Krematorium.

Der Rat genehmigt mit 39 zu 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. Januar 2020, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 2'885'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung. Verpflichtungskredit Nr. 2210.5040.003 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Realisierung eines Doppelkindergartens an der Äusseren Ringstrasse 26.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

33. Postulat P 29/2019 betreffend ab 17.00 Uhr in die Thuner Badi zum Feierabend-Tarif

Fraktionen SP, EVP+EDU+CVP und Mitunterzeichnende vom 19. September 2019; Beantwortung

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, führt aus, dass mit diesem Postulat ein Anliegen der Bevölkerung in den Stadtrat getragen wird. Auch arbeitstätige Thunerinnen und Thuner haben das Bedürfnis, sich unter der Woche nach der Arbeit abzukühlen. Der Preis schreckt viele davon ab, nach Feierabend noch eine Badi aufzusuchen. Die Stadt investierte viel Geld in die Sanierung des Strandbads und eine moderate Preiserhöhung von maximal 10 % ist angemessen. Bereits heute gibt es reduzierte Tarife. Ein Feierabend-Abo würde sichere Einnahmen generieren. Es muss in der Praxis getestet werden, was ein Feierabend-Abo bringen kann. In der Antwort des Gemeinderates finden sich lediglich Vermutungen. Die Prüfung ist nicht zufriedenstellend erfolgt und die SP-Fraktion stellt den Antrag auf Annahme des Postulats.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, findet, dass die Richtung des Postulats auf den ersten Blick sympathisch ist. Jedoch ist der Wortlaut viel zu eng formuliert. Es gibt keinen Spielraum für Varianten. Die Antwort ist schlüssig und muss nicht ergänzt werden. Es gibt neben den Badegästen, die nach Feierabend in die Badi wollen, ebenso viele Kunden, die nur am Morgen oder über den Mittag in die Badi gehen. Diesen Badegästen sollte auch eine Reduktion zur Verfügung gestellt werden. Am Abend hat es bereits am meisten Gäste und es sollen nicht durch den reduzierten Tarif zu dieser Zeit noch mehr Leute angezogen werden. Die Preise in beiden Thuner Badeanstalten sind moderat. Die Eintrittspreise werden wegen der Sanierungen adäquat erhöht. Dies ist absolut angemessen. Nun auch eine Reduktion umzusetzen, scheint nicht passend. Es gibt bereits viele reduzierte Tarife. Ansonsten hat man die Möglichkeit, im See zu baden. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates und wird das Postulat einstimmig ablehnen.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) findet es eine schöne Idee, vergünstigte Preise anbieten zu können. Die Idee ist aber nicht zu Ende gedacht. Es gibt andere Gruppen wie Frühschwimmerinnen und Frühschwimmer. Wenn man über ein anderes Pricing nachdenkt, müsste dies vertieft gemacht werden. Die Preise im jetzigen Zeitpunkt zu senken, wenn man die Badi gerade für einen anständigen Betrag renoviert hat, ist merkwürdig. Die Mitglieder der FDP folgen dem Gemeinderat und lehnen das Postulat ab.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass es zu jeder Tageszeit kurze Besuche gibt. Günstige Eintritte begrenzt für eine Stunde wären sinnvoll, jedoch schwierig in der Umsetzung. Bei der moderaten Preiserhöhung können sich alle, die am Tag gearbeitet haben, auch am Abend den Eintritt leisten. Für die Fraktion scheint das Postulat momentan nicht nötig und sie lehnt es einstimmig ab.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass alle verbilligt ins Strandbad gehen möchten. Es ist die falsche Tageszeit, um mehr Leute ins Strandbad zu bringen, da es dann so oder so am meisten Leute hat. Grundsätzlich müsste man über ein anderes Preismodell nachdenken, welches kurze Eintritte ermöglicht. Es handelt sich um eine moderate Preiserhöhung und jeder, der dies will, kann sich dies leisten. Deshalb wird die Fraktion dem Gemeinderat folgen und den Vorstoss ablehnen.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erörtert, dass Erfahrungen der umliegenden Gemeinden zeigen, dass nicht zusätzliche Leute angezogen werden konnten. Dadurch entfällt der Beweggrund für dieses Postulat. Die Argumente des Gemeinderates überzeugen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben, weil die Verwaltung ihre Hausaufgaben gut gemacht hat.

Gemeinderat Roman Gimmel sagt, dass es sich nicht um ein isoliertes Freischwimmbad handelt, da es einen See und einen Fluss gibt. Die Fragestellung im Postulat kann Thun eigentlich nicht selbst beantworten, sondern ist auch auf den Bäderverbund angewiesen. Ein Eintritt für Kurzschwimmer führt zu der Drehkreuzproblematik. Die Gebührenverordnung ist in Erarbeitung. Es wird von einer Preiserhöhung von ungefähr 10 %, nicht maximal 10 % gesprochen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass im Rahmen der Sanierung gesagt worden ist, dass die Gebührenverordnung überprüft werden wird und eine Flexibilisierung angestrebt werden soll. Dies ist aus ihrer Sicht nicht gemacht worden. Sie entnimmt der Diskussion, dass der Andrang im Strandbad zu gross sei, was sie etwas irritiert.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 26 zu 13 Stimmen abgelehnt.

34. Postulat P 18/2019 betreffend Zulassung Glacevelos in öffentlichen Parkanlagen;

Alice Kropf (SP), Roman Gugger (Grüne), Nicole Krenger (GLP), Reto Vannini (BDP), Hanspeter Aellig (FDP), Susanna Ernst (FDP), Markus van Wijk (FDP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Alice Kropf (SP) findet, dass der Gemeinderat im Interesse der Thuner Bevölkerung handelt. Für die Petition konnten schnell viele Unterschriften gesammelt werden. Dies zeigt, wie beliebt die Glacevelos in der Thuner Bevölkerung sind. Das Polizeiinspektorat stellte den Betreibern der Glacevelos in Aussicht, die Nutzungsbewilligung weiter einzuschränken, indem an einigen Orten der Verkauf von Glace ab einem Velo verboten sein soll. Begründet werden die Änderungen mit veränderten Voraussetzungen, welche angepasst und harmonisiert werden müssen. Es ist eigenartig, dass in der Antwort des Gemeinderates steht, dass die Nichteinhaltung von Auflagen Grund für die Verbote sein soll. Dank dem Support der Anwältin der Betroffenen und der Bevölkerung ist entschieden worden, dass die Nutzungsbewilligung ihre Gültigkeit beibehält und auf weitere Einschränkungen aktuell verzichtet wird. Die bisherigen Verkaufssperimeter sind auszuweiten und mindestens das Schieben der Fahrräder soll überall erlaubt werden. Die Selbstregulierung im öffentlichen Raum funktioniert gut ohne behördliche Auflagen.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, findet, dass die Beantwortung des Postulats zufriedenstellend ist. Die Glacevelos sind bei der Bevölkerung beliebt und es ist ein Anliegen, dass diese bestehen bleiben. Nach ihrer Meinung stellen die Glacevelos keine Gefahr für andere Gastronomen dar. Aus diesen Gründen wird dem Antrag des Gemeinderates gefolgt und die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen.

Hanspeter Aellig (FDP) findet es wichtig, dass die Grundsätze der Wirtschaftsfreiheit umgesetzt werden. Die FDP begrüsst, dass der Gemeinderat die Bewilligungsaufgaben nochmals überprüft und anpasst. So kann die Wettbewerbsneutralität sichergestellt werden. Die FDP unterstützt das Postulat einstimmig.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass es sie freut, wenn in dieser Saison wieder Glace von den Glacevelos gekauft werden kann. Sie haben Verständnis für die Situation der Stadt Thun, auch wenn sie zuerst etwas hart und formal gehandelt hat. Übertretungen der Bewilligungseinschränkungen führten zu diesem Schritt. Wenn Bewilligungen eingeschränkt werden, ist zu prüfen, ob die Massnahme richtig und verhältnismässig ist. Zusammen mit den Betreibern der Velos ist es gelungen, an einen Tisch zu sitzen. Sie wünschen sich, dass die Glacevelos weiter bestehen bleiben. Für die Zukunft wird vom Gemeinderat Toleranz gefordert.

Susanne Gyga, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erörtert, dass Perimeter nicht eingehalten und Fahrverbote nicht beachtet worden sind. Wir leben in einem Rechtsstaat. Es kann nicht jeder machen, was er will. Der

Mensch braucht Kontrolle. Das Gespräch zwischen den Beteiligten konnte glücklicherweise gefunden werden. Damit sind gute Voraussetzungen geschaffen worden, sodass die Auflagen eingehalten werden können. Die Fraktion stimmt der Annahme des Postulats zu. Es wird begrüsst, dass Ende Saison 2020 eine gemeinsame Auswertung vorgesehen ist.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die Stellungnahme des Gemeinderats überzeugt und die Fraktion dem Antrag folgen wird. Die Wirtschaftsfreiheit ist wichtig, aber die Stadt Thun als Grundeigentümerin muss den Anliegen aller Nutzern Rechnung tragen. Es wird begrüsst, dass mit allen Betreibern Ende 2020 ein Fazit gezogen wird. Die Betreiber stärken ihre Position ungemein, wenn sie die Auflagen einhalten.

Gemeinderat Peter Siegenthaler führt aus, dass mit den Betreibern nach einer pragmatischen Lösung gesucht worden ist. Ende 2020 wird geklärt, ob man mit den unveränderten Auflagen zurechtgekommen ist. Isoliert betrachtet handelt es sich nicht um ein grosses Problem. Es ist ein Beispiel, welche Schwierigkeiten durch Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum entstehen können. Ein Regulativ muss beibehalten werden. Der Gemeinderat hat eine Sympathie für die Glacevelos.

Alice Kropf (SP) ist der Meinung, dass die Einhaltung der Auflagen nicht so einfach ist und mit gesundem Menschenverstand betrachtet werden muss. Beispielsweise darf im Schadaupark nur beim Spielplatz Glace verkauft werden, nicht aber auf dem Weg dorthin.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

35. Postulat P 28/2019 betreffend nachhaltige Ernährung

Fraktion Grüne/JG und SP vom 19. September 2019; Beantwortung

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass es um die Nachhaltigkeit mit all ihren Facetten rund um die Ernährung geht im Sinne des langfristigen Denkens, bis hin zu Versorgungssicherheit und um die Abhängigkeit vom Ausland. Auch entscheidend ist die Frage, welcher Stellenwert sogenannten Nutztieren zugestanden werden soll. Die Wahl des Essens spielt eine wesentliche Rolle nicht nur für die eigene Gesundheit. Es geht darum, breite Akzeptanz zu schaffen, wenn zukünftig mehr vegetarische und vegane Varianten zur Verfügung gestellt werden. Es geht nicht darum, mit dem Finger auf jemanden zu zeigen. Es wird niemandem etwas weggenommen. Für alle, die sich mehrheitlich pflanzenbasierten ernähren, sollen Angebote geschaffen werden. Die Schweizer Küche darf nachhaltiger werden weniger verarbeitete und weniger tierische Lebensmittel, bei denen viele Kalorien und Nährstoffe verschwendet werden. Die Lebensmittel sollen möglichst aus ökologischer, lokaler Landwirtschaft stammen und saisongerecht sein. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen. Die Empfehlungen des Bundes sollen als minimaler Standard angewendet werden.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass sie das Postulat gerne annimmt. Das Thema Ernährung ist sehr sensibel. Betreffend die Förderung der gesunden Ernährung in der eigenen Einrichtung ist bereits viel gemacht worden. Auch veganes und vegetarisches Essen kann gut sein. Das Bewusstsein der Bevölkerung für nachhaltige Ernährung zu wecken ist eine grosse Kiste.

Hanspeter Aellig (FDP) erörtert, dass die FDP den Ansatz von nachhaltiger und gesunder Ernährung unterstützt. Sie haben grossen Respekt vor Tieren. Die Entwicklung von Food Waste wird mit grossen Sorgen betrachtet. Bei diesem Vorstoss spielt das Thema Klimaschutz ebenfalls mit. Zu Sinn oder Unsinn von Vorstössen werden keine Aussagen gemacht.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass die Akzeptanz dieses Anliegens sinnvoll ist. Fanatismus ist aber nicht angebracht und es ist darauf zu achten, dass Personen mit anderen Ernährungsweisen nicht diskriminiert werden. Auch Allergiker sind zu berücksichtigen. Die Fraktion stimmt der Annahme zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, erläutert, dass die SP-Fraktion erfreut zur Kenntnis nimmt, dass der Gemeinderat schon viele gute Massnahmen getroffen hat. Die Ernährung hat grosse Einwirkung auf die CO₂-Bilanz. 33 bis 50 % des CO₂-Ausstosses sind direkt oder indirekt auf die Ernährung zurückzuführen. Ernährung ist ein wichtiges Thema. Das BFU-Merkblatt hat gewisse Lücken und ist damit ungenügend, wenn das Ziel einer nachhaltigen Ernährung erreicht werden soll. Das Angebot muss attraktiv sein und soll zirka zu 33 % aus veganen Produkten bestehen. Die SP-Fraktion wird das Postulat annehmen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, liegt viel an einer breiten Ernährungsvielfalt. Man soll sich nicht rechtfertigen müssen, wenn man Fleisch isst. Man kann alles verpolitisieren. Er befürwortet die Sensibilisierung. Der an Nachhaltigkeit Interessierte hat viele Kanäle, um sich zu informieren. Die Anbieter wie die Gastrobranche oder der Detailhandel haben dies in ihre Angebote aufgenommen. Es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand und es braucht kein politisches Diktat. Die SVP-Fraktion wird sich enthalten.

Gemeinderat Peter Siegenthaler sagt, dass der Gemeinderat nicht ein Verbot prüfen will, sondern alles auf Freiwilligkeit basieren soll. Ernährung gehört bei den klimapolitischen Diskussionen dazu.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, ist erstaunt, wie viele Ängste und Bedenken vorhanden sind. Es soll keine extreme Position eingenommen werden. Es sollen lediglich Angebote geschaffen werden. Man hat oft Mühe, bei einem Apéro etwas ohne Milchprodukte oder Fleisch zu finden. In Schulen und Tagesschulen sind sich viele gewohnt, dass man isst, was auf dem Tisch ist. Den Kindern spielt dies oft keine Rolle. Sie essen das, was serviert wird. Es wird auf einen Kompromiss hingearbeitet, welcher Kulturen und Gewohnheiten berücksichtigt. Es gibt auch zuhause zu essen. Man kann zu 95 % auswählen, was man essen will. Das, was im Rahmen der öffentlichen Hand angeboten wird, soll potenziell negative Auswirkungen berücksichtigen und damit soll eine Vorbildrolle eingenommen werden. Auch Volkskrankheiten lassen sich meist auf ungesunde Ernährung zurückführen. Es geht nicht nur um die Umwelt, sondern bezieht auch Tiere mit ein, welche oft unnötig und unnatürlich gehalten und zum Tod verurteilt werden.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 27 zu 3 Stimmen bei 9 Enthaltungen als erheblich erklärt.

36. Postulat P 19/2019 betreffend Ausstieg fossile Wärme

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, findet es schön, dass vieles bereits am Laufen ist. Bei der Erneuerung des Projektplans Energie geht es um das Thema des Vorstosses, nämlich wie allen Gebäudebesitzern in Thun ermöglicht werden soll, aus fossiler Wärme auszusteigen. 80 bis 90 % der Heizungen in Thun werden mit Heizöl betrieben werden. In 30 Jahren muss dieser Anteil bei 0 sein oder durch synthetische Brennstoffe ersetzt sein. Wärmepumpen können bei älteren und schlecht isolierten Gebäuden nicht immer eingesetzt werden, sonst steigt der Wärmeverbrauch im Winter zu stark an. Es braucht ein Wärmeversorgungskonzept für das ganze Stadtgebiet. Die Zeit drängt und der Gemeinderat wird gebeten, den Prüfungsauftrag ernst zu nehmen. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, bekommt Hühnerhaut, wenn er das Wort Ausstieg hört. Deutschland ist dabei kläglich gescheitert und musste über elf neue Kohlekraftwerke bauen. Dies kann nicht im Sinne von Klimaneutralität sein. Es muss strukturiert vorgegangen werden. Es konnten Eingaben für die Klimavorschläge gemacht werden, die der Gemeinderat ausarbeitet. Auch gibt es den Energierichtplan, welcher an die neuen Bedürfnisse und neue Technik angepasst wird. In Kürze werden Fernwärmeprojekte umgesetzt.

Es geht in die Richtung, welche alle wollen. Es soll Schritt für Schritt vorgegangen werden. Massnahmen sollen dort umgesetzt werden, wo man Lösungen hat und man weiss, wie es finanziert werden soll. In all diesen Bereichen wird viel gemacht. Die Fraktion ist der Meinung, dass man diesen Vorstoss ablehnen muss.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist der Meinung, dass die Stossrichtung und die Umsetzung an Tempo zugelegt hat. Man wartet auf den Richtplan Energie. So kommen alle diese Ideen ein Gesicht und Hände über. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, begrüsst, dass die Instrumente Richtplan Energie und die Energiestrategie in die Planung aufgenommen wurden. Die Erarbeitung bis 2021 dauert aber eher zu lange. Erfreut wird zur Kenntnis genommen, dass sich der Gemeinderat zum Ziel Netto-Null bis 2050 bekennt. Wichtig erscheint auch, dass das Gasnetz nicht weiter ausgebaut wird, weil ein Grossteil des Gases in der Schweiz nicht erneuerbar ist. Als Eigentümerin der Energie Thun AG hat die Stadt die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Begrüssenswert ist auch, dass die Politik, die Wirtschaft und die Bevölkerung in den Erarbeitungsprozess der Instrumente miteinbezogen werden. Nur wenn die Instrumente von der Bevölkerung verstanden und unterstützt werden, können die Ziele erreicht werden. Beim Bauen sind die Technologien schon lange vorhanden. Seit Jahrzehnten weiss man, wie energieeffizienter gebaut werden kann. Mit der Zeit geht dabei die Geduld verloren. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass mit dem Richtplan Energie bereits heute ein geeignetes Mittel zur Verfügung gestellt wird, um die richtige Wärmelösung zu finden. Es ist richtig, diesen von Zeit zu Zeit zu überprüfen und anzupassen, da sich verschiedene Faktoren ändern können. Es ist zu begrüßen, wenn die verfügbare Wärme der Kehrlichtverbrennungsanlage für grössere Abnehmer, für welche sich ein Anschluss an das Fernwärmenetz lohnt, zur Verfügung gestellt werden kann. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) findet, dass es strukturierteres Vorgehen braucht. Die Grundlagen für die Klima- und Energiestrategie sollen erarbeitet werden, welche die Treibhausgase reduzieren sollen. Sie sehen die Arbeit der jungen Grünen. Die Vorstösse sind vor der Kommunikation des Gemeinderates eingereicht worden. Die FDP findet aber, dass man die Leute jetzt arbeiten lassen soll. Es sollen keine personellen Ressourcen durch Vorstösse gebunden werden. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass diese Vorstösse alle im August als Gesamtpaket eingereicht worden sind. Er versteht, wenn man findet, dass es langsam reicht. Die Intensität an Klimavorstössen ist bald überstanden.

Gemeinderätin Andrea de Meuron versichert, dass strukturiert vorgegangen wird. Der regionale Richtplan Energie wird zusammen mit den Nachbargemeinden überarbeitet und dies braucht seine Zeit. Die Klima- und Energiestrategie ist ein umfassendes Grundlagenpapier, das erarbeitet werden muss. Es wird mit Hochdruck daran gearbeitet. Es ist anspruchsvoll, der Forderung nach den geeigneten Wärmequellen für das ganze Stadtgebiet nachzukommen, wie dies gefordert worden ist, auch weil sich die Technologien verändern. Man muss flexibel sein. Die regionale Energieberatung bietet kostenlose Beratungen an.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 27 zu 12 Stimmen als erheblich erklärt.

37. Postulat P 23/2019 betreffend Partizipations-Gefäss pro Klima

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass der Vorstoss bewusst offen formuliert worden ist. Wichtig war der Partizipationsgedanke. Wichtig ist im Nachhaltigkeitsbereich, die Ziele gut zu definieren und diese gezielt anzugehen. Die Bevölkerung muss dabei miteinbezogen werden. Es braucht ein Gefäss für die Partizipation. Es gibt viele wunderbare Menschen, welche gute Ideen haben. Dieses Potential soll genutzt werden können. Betreffend die Erschliessung dieses Potentials ist er auf die Debatte gespannt. Die Fraktion ist für die Annahme.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass der Stadtrat aktuell monatlich über klimarelevante Vorstösse diskutiert. Dies ist auch die Aufgabe des Stadtrates. Bereits heute wird jedes Geschäft auf die Klimaverträglichkeit überprüft. Auch die Bevölkerung wird in vielen Bereichen miteinbezogen. Im Rahmen des Klimanotstands konnten Vorschläge eingereicht werden und diese werden zusätzlich mit unzähligen Vorstössen zu Umsetzungsvorschlägen führen. Nun soll ein zusätzliches Gefäss geschaffen werden, dass weder demokratisch legitimierte Entscheidungen treffen kann, noch günstig ist. Davon hat man ein undurchsichtiges Gefäss, weiterhin überlastete Verwaltungen und schlussendlich einen überlasteten Steuerzahler. Es soll an die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger appelliert werden. Die SVP-Fraktion ist sich der Verantwortung der Stadt Thun und des Stadtrates bewusst, was aber mehrmals gezeigt worden ist. Ein zusätzliches Gefäss wird als nicht zielführend erachtet und deshalb lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass der ursprüngliche Gedanke bei Transition Towns dem Erarbeiten und der Umsetzung von gemeinsamen Zielen entspricht. Dies soll in der Region so gehandhabt werden. Die daraus fliessenden Ideen sollen auch in die Politik einfließen. Ein neues Gefäss, wie im Vorstoss angedacht, erachtet die Fraktion EVP+EDU+CVP aber nicht als zielführend. Wenn es in die Smart City einfließen soll, kann es aber eine Möglichkeit darstellen. Es sollen keine Neuorganisation und keine neuen Stellen geschaffen werden. Aber in einem grösseren Rahmen einer Smart City kann ein solches Projekt Platz haben. Die Fraktion EVP+EDU+CVP wird das Postulat annehmen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, sagt, dass die Grünen nichts Neues erfunden haben. Wichtig ist, wie das Partizipationsgefäss aussehen soll. Es wird keine undurchsichtige Hinterzimmergruppe sein. In der Stadt Thun gibt es viele Menschen mit kreativen, kompetenten Ideen. Dies hat man auch bei den Eingaben bei der Ortsplanungsrevision gesehen. Die SP-Fraktion kann sich im Rahmen von Smart City vorstellen, dass eine ausserparlamentarische Kommission analog der Verkehrskommission geschaffen werden könnte, in der sich betroffene Gruppen aus der Wirtschaft wie auch Gruppen, welche sich permanent mit Energiefragen befassen, einbringen können. Die Kompetenz soll nicht einfach einer Sachkommission gegeben werden, sodass sich auch nicht parlamentarisch gewählte Fachpersonen einbringen können. Die Fraktion wird dem Postulat zustimmen.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, findet, dass gemeinsame Lösungen grundsätzlich bessere Lösungen sind als Einzelresultate. Deshalb wird sich die Fraktion dem Vorstoss nicht widersetzen. Der Fokus soll auf Leute ausgerichtet sein, die etwas zum Thema beitragen können, also eher Fachpersonen. Dies bedeutet nicht, dass die Resultate dieser Gruppe in einer späteren Phase nicht in einer Spiegelgruppe in einem weiteren Rahmen reflektiert werden können. Die Rolle der Stadt soll eher ein Katalysator sein, welcher die nötigen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt. Es soll dabei keine neue Struktur oder Stelle geschaffen werden. Die Fraktion wird den Vorstoss annehmen.

Gemeinderätin Andrea de Meuron sagt, dass es eine Herausforderung ist, wie die gewünschte Partizipation ermöglicht werden kann. Die Bevölkerung und die Wirtschaft sollen gerade zur Klimastrategie und dem Richtplan gehört werden. In einer Kommission besteht die Schwierigkeit, dass die Wirtschaft nicht vertreten ist. Es muss überlegt werden, wie dies geöffnet werden kann. Sie sieht Smart City als Chance, dem Anliegen des Postulats Rechnung tragen zu können. Aktuell werden Einladungen für den Start von Smart City versendet. Diese geht an einen breite Adressatenkreis. Alle Interessensgruppen und die Wirtschaft sollen teilnehmen können. Es war schwierig, die Liste der Stakeholder mit Namen zu versehen. Im

Rahmen von Smart City soll nicht wie im Stadtrat etwas vorgelegt werden, sondern es soll zusammen etwas erarbeitet werden, das der Stadt einen Mehrwert bringt. Sie ist überzeugt, dass die geforderten Instrumente gefunden werden können.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 27 zu 12 Stimmen als erheblich erklärt.

Die Stadtratspräsidentin erläutert, dass Traktanden 10 und 11 auf die nächste Sitzung verschoben werden.

38. Fragestunde 2/2020 betreffend Altpapier/Altkarton

Adrian Christen (SP) vom 2. Februar 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 2/2020 wurde schriftlich beantwortet.

39. Fragestunde 3/2020 betreffend Pelz- und Fellmarkt in Thun

Reto Kestenholz (Grüne) vom 4. Februar 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 3/2020 wurde schriftlich beantwortet.

40. Fragestunde 4/2020 betreffend Zeitpunkt des Abstimmungsergebnisses zum Referendum ZPP Hoffmatte

Thomas Hiltbold (Grüne) vom 10. Februar 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 4/2020 wurde schriftlich beantwortet.

41. Fragestunde F 5/2020 betreffend Ortsplanungsrevision

Adrian Christen (SP) vom 11. Februar 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 5/2020 wurde schriftlich beantwortet.

42. Postulat P 2/2020 betreffend keine Sparmassnahmen in der Direktion BiSK

Katharina Ali-Oesch (SP), Andreas Kübli (glp), SP-Fraktion und Mitunterzeichnende; Dringlichkeit

Katharina Ali-Oesch (SP) führt aus, dass sich für sie die Dringlichkeit aus der Information der Direktion BiSK ergibt betreffend Vorgaben des Gemeinderates über das Sparen. Das Ziel des Vorstosses ist es, die Verwaltung zu entlasten.

Stadtpräsident Raphael Lanz sagt, dass der Gemeinderat empfiehlt, die Budgetdebatte abzuwarten. Erst in Kenntnis aller finanziellen Rahmenbedingungen kann eine Debatte geführt werden. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 22 zu 10 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab.

Peter Aegerter (SVP) stellt in Anbetracht der Zeit den Ordnungsantrag, die Sitzung fortzuführen und die zwei verbleibenden Traktanden zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu. Die Sitzung wird fortgeführt.

43. Motion M 8/2019 betreffend Einbahnregime aufheben

Fraktion SVP, Mark van Wijk (FDP), Hans-Peter Aellig (FDP), Susanna Ernst (FDP) vom 13. Dezember 2019; Beantwortung

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, sagt, dass die SVP-Fraktion mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist. Wichtig ist, dass es überwiesen wird. Die gestellte Frage muss politisch gestellt werden. Auch die Frage nach der anderen Variante war gross, nicht nur von den Leuten, die auf der rechten Seite des Sees leben. Alle aktuellen Fragen zu der Verkehrsführung sind nur homöopathische Dosen. Der grosse Wurf wird erst in ferner Zukunft sein. Es geht um kleine Sachen, aber es sollte nicht unterlassen werden, alle Varianten in Betracht zu ziehen. Um einen Vergleich machen zu können, müsste zuerst das eine Regime gemessen werden und dann das andere. Er befürchtet, dass die Zahlen von einigen Leuten wieder nicht akzeptiert werden. Deshalb scheint es wichtig, dass das Postulat überwiesen werden muss. Es ist angezeigt, dass diese Variante nicht verloren geht. Deshalb ist es wichtig, dass die Prüfung des Einbahnregimes in die andere Richtung in die Ratsdiskussion einfliesst.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass die Stadt die Problematik des Staus am rechten Thunerseeufer erkannt hat und dieses Anliegen sehr ernst nimmt. Gerade deshalb sind die Forumsprozesse früher angesetzt worden als geplant. Resultate der aktuellen Verkehrsmessungen sollen so analysiert und besprochen werden. Den Verkehr in der Innenstadt um 40 % zu reduzieren ist bereits erreicht. Das Ziel der Motion betreffend die Aufhebung des Einbahnregimes ist, den Stau zu reduzieren. Eine flankierende Massnahme einseitig in Frage zu stellen, ist schwierig. Die Verkehrssituation ist sehr komplex. Zuerst müssen Langsamverkehrsmassnahmen umgesetzt werden, bevor über weitere Massnahmen gesprochen werden kann. Um eine Lösung für die angespannte Situation zu finden, müssen auch die Gemeinden am rechten Thunerseeufer mithelfen. Eine Taktverdichtung der Busverbindungen könnte bereits Entlastung bringen. Der Auftrag der Motion lautet, das Einbahnregime so schnell wie möglich rückgängig zu machen. Die Fraktion Grüne/JG kann diese einseitige Forderung nicht unterstützen und lehnen sie auch als Postulat ab. Das laufende Verkehrs-Monitoring und die geplanten Forumsveranstaltungen sollen zuerst durchgeführt werden, sodass die Situation rund um das Einbahnregime analysiert werden kann. Auch ihnen ist nicht egal, dass die Situation nicht ideal ist.

Margrit Schwander, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass sie sich der schwierigen Situation des Verkehrs am rechten Seeufer bewusst ist. Dass dies für den Berufsverkehr und das Gewerbe nicht einfach ist, erfüllt auch sie mit Sorgen. Eine Veränderung der Verkehrsführung ist schwierig. Dem Parlament ist bewusst, dass es bei der Verkehrsführung nicht geht, nur an einem kleinen Ort zu schrauben. Es ist leicht einzusehen, dass es so nicht geht, die Sache zum jetzigen Zeitpunkt einfach rückgängig zu machen. Wer im Stau steht, hat Emotionen. Bei der Debatte ist angesagt, dass wieder etwas Rationalität in die Sache kommt. Die Verkehrsmessungen helfen, der Sachlichkeit mehr Gewicht zu geben. Der breit abgestützte Forumsprozess unter Beteiligung der Nachbarschaft wird Resultate bringen. Eine Veränderung der Verkehrsführung braucht Zeit. Im Wissen um die Sorgen der Verkehrssituation und auch aus den fraktionsinternen Überlegungen wird die Fraktion das Postulat ablehnen.

Hanspeter Aellig (FDP) stimmt den Inhalten der Aussagen von Stadtrat Deriaz zu. Es liegt ein krasser Planungsfehler vor. Missverständnisse sind sicht- und spürbar. Es handelt sich um ein komplexes Problem.

Gerade weil die FDP an den Verkehrszählungen interessiert ist, muss das Postulat überwiesen werden. Er ist gespannt, wie die klimaschädigenden Auswirkungen aufgrund des Staus gewürdigt werden. Der technische Fortschritt bei den Autos (Russpartikelfilter) fällt durch das Stopp and Go dahin. Ein Auto braucht so einen Liter Kraftstoff mehr pro Stunde. Die FDP will den Klimaschutz ernst nehmen. Der Verkehr muss gemessen werden. Die FDP stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu und ist gespannt auf die Berichterstattung.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, hat grosses Verständnis für den Teil der Bevölkerung, welcher am rechten Thunerseeufer wohnt und mit der Verkehrssituation unzufrieden ist. Jeder Schritt, der geändert werden soll, muss genau betrachtet werden, bevor man ihn ausführt. Das Ziel des Bypass Thun Nord ist, die Innenstadt vom Verkehr zu entlasten. Ob dies mit der Aufhebung des Einbahnregimes gelingen wird, ist fraglich. Daher wird begrüsst, dass der Gemeinderat die Messungen des Verkehrsflusses und die Forumsveranstaltungen in die Beurteilung einbezieht. Nur so können die Bedürfnisse aller Involvierten genau beurteilt werden. Weil keine Schnellschüsse gemacht werden sollen und eine fundierte Lösung präsentiert werden soll, lehnt die Fraktion den Vorstoss ab.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass der Wortlaut relativ klar ist. Es wird von Rückgängigmachen gesprochen, was unterschiedliche Überlegungen nach sich zieht. Die Fraktion wird der Annahme als Postulat einstimmig folgen.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, sieht nach der Diskussion im Rat die Gefahr, dass das Postulat die künftige Planung beeinträchtigen könne und die SVP-Fraktion zieht den Vorstoss zurück.

44. Postulat P 30/2019 betreffend Ausarbeitung eines differenzierten Banderolenkonzepts für das Gebiet der Stadt Thun

glp/BDP-Fraktion vom 14. November 2019; Beantwortung

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass im Stadtgebiet 21 Standorte für Kleinplakate vorhanden sind. Es ist gut, wenn man auf der Webseite der Stadt Thun die Standorte auf Bildern betrachten kann. Dies vereinfacht es, zu sehen, wo das Plakatieren überhaupt möglich ist. Im Postulat ging es auch um die Banderolen, welche etwas zwischen den beiden Angeboten von Kleinplakaten und Plakatierungen darstellen. Standorte für Banderolen sollen angeboten werden. Vereine und Veranstalter nutzen auch in anderen Gemeinden solche Möglichkeiten. In Spiez gibt es ein solches Banderolenkonzept. Dabei werden die Standorte für Werbeplakate ebenfalls fotografisch dargestellt. Die Standorte können im Internet reserviert werden. So kann auch verhindert werden, dass die Banderolen verstreut aufgestellt werden. Er fragt den Gemeinderat, ob es auch für Thun eine Option wäre, eine solche Weblösung zu bieten. Es ist wichtig, dass Vereine über die Möglichkeit von kostenloser oder kostengünstiger Werbung informiert werden und es könnten so auch weitere Standorte für Werbeplakate gefunden werden. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass für Kulturveranstalter und gemeinnützige Organisationen die verschiedenen Werbeplattformen in der Stadt Thun sehr wichtig sind. Durch den Wegfall der Brückenwerbung ging eine bedeutende Fläche verloren. Sie begrüssen, dass sich die Stadt Thun bemüht, dies für alle möglichst leicht verfügbar zu machen. Der Fraktion ist bewusst, dass die verfügbare Fläche nicht unendlich gross ist. Es ist wünschenswert, dass die im Postulat geforderten Installationen vorangetrieben werden. Die Prüfung des Anliegens ist im Postulat erfolgt und deshalb wird die Fraktion es annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, findet es schade, dass die Brückenwerbung mit der Begründung des Ortsbildschutzes verboten worden ist, obwohl es niemanden gestört hat. Der Gemeinderat ist bemüht, kostenlose oder kostengünstige Informationsmöglichkeiten zu ermöglichen. Es besteht ein Konzept, das

zeigt, wo Plakate aufgehängt werden dürfen. Zu prüfen ist, wo die Banderolen angebracht werden könnten. Grundsätzlich ist die Antwort zufriedenstellend.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, anerkennt die Bemühungen, einen gleichwertigen Ersatz für die Brückenwerbungen zu finden. Erfreuen würde sie, wenn die Prüfung betreffend Aufstellen von Litfasssäulen positiv ausfallen würde. Dem geforderten Banderolenkonzept kann sich die SP-Fraktion anschliessen. Sinnvoll wäre es, wenn sich die Abteilung mehr Gedanken machen würde, wo diese aufgestellt werden könnten. Auch ein verbesserter Internetauftritt wäre begrüssenswert. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, was Toleranz bedeutet. Heute gibt es keine Brückenwerbungen mehr. Christliche Veranstaltungen durften seit 2017 nicht mehr mit Brückenwerbungen beworben werden. Es soll auf die Bedürfnisse aller Anspruchsgruppen Rücksicht genommen werden. Christliche Vereine sollen gleich tolerant behandelt werden wie andere Vereine auch. Die Prüfung des Postulats ist erfolgreich. Die Fraktion stimmt für die Annahme und die gleichzeitige Abschreibung.

Thomas Hiltbold (Grüne) antwortet Stadträtin Salzmann, dass ihn die Brückenwerbung gestört hat.

Gemeinderat Peter Siegenthaler sagt, dass christliche Vereine im aktuellen Plakatkonzept gleich behandelt werden wie andere Vereine. Sonst unterliegt die Werbung den gesetzlichen Bestimmungen. In Spiez gilt das Konzept ausschliesslich auf gemeindeeigenem Land. Dies wird bereits in Thun in einem kleinen Rahmen gemacht und einer Erweiterung verschliesst er sich nicht. Für Werbung im Strassenraum gibt es entsprechende kantonale Vorgaben und ein ausführliches Merkblatt dazu.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, ist mit der Abschreibung einverstanden.

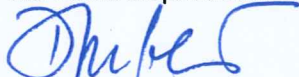
Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

Eingänge

- Motion M 2/2020 betreffend Angebot einer Ganztageschule in Thun; SP-Fraktion, Fraktion Grüne/JG, Fraktion glp/BDP, Alois Studerus (CVP) und Mitunterzeichnende vom 13. Februar 2020
- Postulat P 2/2020 betreffend keine Sparmassnahmen in der Direktion BiSK; Katharina Ali-Oesch (SP), Andreas Kübli (glp), Fraktion SP und Mitunterzeichnende vom 13. Februar 2020

Die Stadtratspräsidentin



Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder